

Haushaltsrede 2016

von Gemeinderat Hans-Martin Flinspach am 14.03.2016



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

das alte Sprichwort „spare in der Zeit dann hast Du in der Not“ hat sich immer bewährt, doch wir halten es inzwischen mehr mit einem Ausspruch von Mark Twain:

„Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir Geld dafür borgen muss.“

Thomas Jefferson, US-amerikanischer Staatsmann sagte einmal:
„Das Prinzip, im Namen der Finanzierung Geld auf Kosten künftiger Generationen auszugeben, ist nichts als ein großangelegter Betrug an der Zukunft.“

Nie dagewesene Schuldenpolitik

Wir haben heute einen Haushalt zu beschließen, der geprägt ist von einer nie dagewesenen Schuldenvermehrung. Im Vermögenshaushalt bringen Investitionen von knapp 14 Mio. € in diesem Jahr die Gemeinde über ihre Leistungsfähigkeit. Der schwache Verwaltungshaushalt kann nicht im Ansatz die notwendigen Erträge erwirtschaften. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt eine Fortsetzung dieser unsoliden Finanzwirtschaft.

Dass sich unsere Pro-Kopf-Verschuldung im Gesamthaushalt mit Eigenbetrieben innerhalb eines Jahres von 1529 € auf 2751 € erhöht ist absolut schwer verdaulich. Ein Hinweis auf die Trägerdarlehen vom Kernhaushalt an die Eigenbetriebe verbessert den Eindruck nicht entscheidend. Der fromme Wunsch vergangener Jahre, dass durch die Veräußerung von gemeindeeigenen Baugrundstücken die Verschuldung der Gemeinde zurückzuführen ist, erweist sich als Utopie.

Das Dilemma in dem sich der Gemeinderat und die Verwaltung befinden, ist, dass jede Maßnahme für sich betrachtet, durchaus sinnvoll und notwendig ist. In den Haushaltsberatungen wurden alle Einzelposten auf die Verschiebbarkeit geprüft. So musste die Sanierung der Jöhlinger Straße verschoben werden. Die mehrfachen Wasserrohrbrüche zeigen eigentlich die Dringlichkeit. Hier kann man auch den desolaten Pflasterbelag in der Ortsmitte, speziell in der Friedrich-Wilhelm und der Bahnhofstraße nennen.

Das Verschieben mancher Maßnahme in der Vergangenheit trifft uns heute und kommt uns nun teuer zu stehen. Wir stellen unser Unvermögen, unsere Infrastruktur ohne Kredite in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten, fest.

Das Verwaltungshandeln wird dabei immer aufwändiger, so steigen die Personalkosten von 268 €/EW in 2014 auf nun 328 €/EW in 2016.

Nach § 78 GmO haben Gebühren Vorrang vor Steuern, daher ist bei der Gestaltung eines genehmigungsfähigen Haushalts hierauf ein besonderer Blick zu legen. Dass zum Beispiel die Walzbachhalle bei 7,3 % Kostendeckung und das Walzbachbad nur bei 6,3 % liegt ist nicht hinnehmbar. Da hätten wir uns von der Verwaltung einen deutlich früheren Hinweis erwartet. Eine Anpassung, die wieder deutlich in den 2-stelligen Bereich geht wird unumgänglich sein. Wir beantragen von der Verwaltung einen konkreten Zeitplan für die weiteren notwendigen Schritte. Die

damit verbundenen, für alle Bürger spürbaren, Belastungen durch höhere Gebühren sind Ausdruck einer Politik der Zukunftssicherung.

Finanzplanung

In der mittelfristigen Finanzplanung wird von einem permanent steigenden Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer ausgegangen, während der notwendige und einzufordernde Ersatz für staatliche Aufgaben nicht ausreichend angesetzt werden kann. Hier mangelt es auch an der Fürsorgepflicht von Bund und Land gegenüber den Kommunen, denen man immer mehr Herausforderungen zuweist.

Das strukturelle Defizit in unserem Haushalt wird aus der ungenügenden Zuführung zum Vermögenshaushalt überdeutlich. Die Nettoinvestitionsrate als wichtiger Parameter liegt 2016 lediglich noch bei 98.000 €.

Wir haben bei den Haushaltsberatungen gemeinsam mit der CDU-Fraktion konkrete Vorschläge zur Konsolidierung eingebracht und darauf gedrängt, dass Zins und Tilgung für bestehende Kredite vom Verwaltungshaushalt getragen werden. Ein Mindestertrag von 1,2 bis 1,5 Mio. € im Verwaltungshaushalt wurde gefordert. Ein konstruktives Mitwirken der restlichen Fraktionen haben wir leider vermisst. Es ist wenig hilfreich, wenn man lediglich sagt, was alles nicht geht.

Gerade in Zeiten guter Konjunktur und einer florierenden Wirtschaft sollte Spielraum zur Bildung von Rücklagen bestehen um schlechtere Zeiten überbrücken zu können. Das heißt durch antizyklisches Handeln mit Investitionen die Wirtschaft zu stabilisieren. Die Schuldenentwicklung steigt im Kernhaushalt in diesem Jahr von 4,3 Mio. € auf 12,5 Mio. € und laut der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 auf 24 Mio. €. Sie zeigt in eine düstere Zukunft, die eigentlich keiner am Ratstisch so mittragen kann. Antizyklisches Investieren wird gerne dann strapaziert, wenn man in Zeiten schlechter Konjunktur Ausgaben rechtfertigt. In guten Zeiten wird dann ebenfalls investiert, weil ja Geld dafür vorhanden ist oder man den Schuldendienst leichter zahlen kann.

Infrastruktur

Unsere in die Jahre gekommene Infrastruktur zeigt an vielen Stellen Mängel. Oft sind die notwendigen Maßnahmen auch mit anderen Kostenträgern und Zuschussgebern abzustimmen. In der Burgstraße und am Kirchplatz stehen für die Sanierung und die Modernisierung Fördermittel bereit, die uns zum kurzfristigen Handeln zwingen. Eine Verschiebung bringt weitere Schäden mit und führt zum Verlust der Förderung. Nur mit Mühe war der Straßenbaulastträger Land zu bewegen, die Sanierung der Jöhlingerstraße um zwei Jahre zu verschieben. Seitens der Gemeinde stehen Kanalsanierungen, Erneuerung unserer Hauptwasserleitung vom Wasserwerk zum Hochbehälter und die Breitbandverlegung mit einem Gesamtvolumen von rund fünf Mio. € an. Eine Finanzierung ist derzeit nicht darstellbar. Wenn das Land jedoch die Fahrbahndecke jetzt sanieren würde, müsste die Gemeinde später, nach den Tiefbauarbeiten, die Straßendecke auf eigene Kosten wiederherstellen.

Investitionen

Die Raumnot im Rathaus ist bekannt. Der wachsende Personalbestand verschärft die Situation. Durch den Ankauf des zweiten Obergeschosses im Lammeck soll der Bedarf langfristig behoben werden.

Andererseits gibt es auch so genannte „rentierliche“ Kosten. Durch die von uns beantragte Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED zeigen sich bereits sehr große Einsparungen bei den Stromkosten. Die getätigten und abschließend notwendigen Investitionen amortisieren sich kurzfristig und entlasten nachhaltig den Verwaltungshaushalt. Ob die aufwändige Breitbandversorgung dazu zählt muss sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren zeigen. Sie stellt jedoch bereits heute einen wichtigen Standortfaktor für Gewerbebetriebe und sicher zunehmend für private Haushalte dar.

Zum Nahwärmenetz: Eine Aufgabe der Kommune ist es, zum Klimaschutz beizutragen. Auf der Basis eines WBB Antrags wurde ein Quartierskonzept auf den Weg gebracht. Politisch hat der Gemeinderat mit dem von uns beantragten Grundsatzbeschluss für den ersten Bauabschnitt zu

„Mittendrin leben“, sowie für den Sanierungsmanager und die Beantragung von Fördergeldern alle Weichen gestellt. Nun muss die Verwaltung zusammen mit der Energieagentur die Bürger mit Fakten in monetärer und ökologischer Hinsicht überzeugen. Das Nahwärmenetz ist als umweltfreundliches und kostengünstiges Angebot für die Bürger zu betrachten.

Es stehen Straßenbauarbeiten in einer Größenordnung von insgesamt 15,7 Mio. €, ohne die meist damit verbundenen Tiefbauarbeiten in der Finanzplanung bis 2019 bei Einnahmen von 5,1 Mio. € durch Zuflüsse aus Förderungen und Erschließungsbeiträgen, zu Buche.

Die Kreditaufnahme bis 2019 im Kernhaushalt beträgt ca. 21 Mio. € die größten Einzelposten sind Erwerb von Grundstücken, Straßenerneuerungen, Straßenbau im Gewerbegebiet Sandfeld, Schule, Sanierung Ortskern und Freisportanlagen bei der Walzbachhalle. Die Zinsausgaben werden sich von 2016 bis 2019 nahezu vervierfachen und die Tilgungsraten verdoppeln sich. Diese Ausgaben schmälern in der Zukunft unseren Handlungsspielraum.

Planungskosten für die Turmbergschule von 150.000 € im aktuellen Haushalt weisen auf die bevorstehende Millioneninvestition für den Umbau der Aula und die Sanierung der WC- Anlage hin. Seitens der WBB möchten wir hier ein Gesamtkonzept, auch im Hinblick auf den zusätzlichen Raumbedarf für den Mensabetrieb, erstellt haben. Die Aufstockung des E-Baus als sinnvolle Alternative oder ein funktionales Gebäude für Mensabetrieb, Aula, sowie Gemeindehaus der Kirchen – das wäre die Wunschvorstellung der WBB-Fraktion. Dann könnte eine ordentliche Lösung und die entsprechende Auslastung erreicht werden.

Dazu kommen Investitionen in den gigantischen Zuschussbetrieb Hallenbad, der den Haushalt mit jährlich 700.000 € belastet. Für nun rund 800.000 € soll das marode und undicht gewordene Becken mit Edelstahl ausgekleidet werden. Diese Instandhaltungsmaßnahme trägt die WBB mit, da die von uns vor Jahresfrist formulierten Voraussetzungen erfüllt sind – der Haustechnik ist nach einer gründlichen Bestandsaufnahme ein intakter Zustand bescheinigt worden. Somit sind die Aufwendungen durch die zu erwartende Restlaufzeit gerechtfertigt. Unsere Hoffnungen ruhen nun auf der von uns beantragten Bäderkommission, die morgen ihre Arbeit aufnehmen wird. Wir wollen zur Verringerung des Betriebsdefizits nicht blindwütig an der Kostenschraube drehen, sondern durch neue Konzepte und intelligentes Marketing die Attraktivität und Akzeptanz des Walzbachbades steigern.

Herausforderungen durch die Unterbringung von Asylsuchenden

Der größte Posten im Vermögenshaushalt sind die Aufwendungen von 7,7 Mio. € für die Unterbringung von Asylbewerbern. Wenn der Bund und das Land im Sinne des Konnexitätsprinzips handeln, lässt sich diese Investition zunächst kostenneutral darstellen. Der Weingartener Weg mit dem Bau von eigenen Unterkünften muss getrennt dargestellt werden. Die Rechtsform, ob die Investitionen in einem Eigenbetrieb oder einer GmbH erfolgen, muss noch 2016 entschieden werden. Zins und Tilgung der Darlehen und natürlich die Abschreibung trägt bei der Nutzung als GU komplett der Landkreis über die Mietzahlungen. Im Falle der Umnutzung zur Anschlussunterbringung bleibt ein Anteil bei der Gemeinde, der sowieso anfällt, unabhängig ob wir eigen geschaffenen Wohnraum anbieten können oder zu Marktpreisen Wohnungen anmieten müssen. Wie schwierig dieser Weg ist, haben wir in den letzten Monaten erlebt, wenn potentielle Vermieter unter dem Druck der Nachbarn ihr Angebot zurückgezogen haben. In den neuen Gebäuden wird eine kostengünstigere Unterbringung, als in mühsam angemieteten oder teuer erworbenen Immobilien in der Ortslage, möglich sein.

Insgesamt hätten wir uns gewünscht, dass bei diesem Thema alle Fraktionen an einem Strang und in die gleiche Richtung gezogen hätten.

Mit aller Klarheit muss unsere Gemeinde im Verbund mit anderen Kommunen auf die enorme Belastung für die Unterbringung und auf sowohl personelle (Hausmeister, Verwaltungspersonal) wie auch finanzielle Auswirkungen (Erweiterung der Infrastruktur, Schulen, Kindergärten, etc.) hinweisen. Ein angemessener Kostenersatz ist einzufordern. Ich verweise auf einen Antrag der WBB-Fraktion vom Januar 2016 zu dem Thema.

Persönliche Anmerkung, da diese Einschätzung nicht von der gesamten Fraktion geteilt wird:

Natürlich ist das Flüchtlingsthema eine große Herausforderung und Aufgabe, die unser Gemeinwesen belastet. Ein zu bewältigender Rahmen muss im europäischen Gesamtkontext geschaffen und durchgesetzt werden. Die Solidargemeinschaft Europa darf sich eben nicht nur auf die Verteilung von Wohltaten beschränken, sondern muss auch eine ausgewogene Lastenverteilung beinhalten. Daran wird sich die Reife und Ernsthaftigkeit der europäischen Gemeinschaft zeigen.

Besonders beeindruckt sind wir von der großen Bereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, die neu Ankommenden zu unterstützen und eine Willkommenskultur zu entwickeln. Dies unbeeindruckt von Parteien und Bewegungen, die den Untergang des Abendlandes herbeireden wollen.

Kann ein Staat, der die christlichen Werte in seinem Grundgesetz bewusst festgeschrieben hat tatenlos zusehen, wenn in unserem Europa Frauen und Kinder verzweifelt an Grenzen stehen und hungern und frieren?

Sinkende Geburtenraten, Arbeitskräftemangel, alternde Gesellschaft, steigende Sozillasten, ständig wachsende Betreuungsausgaben, sowohl für Kinder als auch für Senioren sind Stichworte, für die die Zukunft Antworten liefern muss. Es sind sowohl finanzielle wie auch personelle Herausforderungen damit verbunden. Die geringer werdende Schar unserer Nachkommen kann nicht einerseits die Produktivität und Wertschöpfung erhalten und gleichzeitig den enorm wachsenden Dienstleistungsbereich erfüllen.

Der Mangel an Pflegekräften in Krankenhäusern und Betreuungseinrichtungen wird an allen Ecken beklagt. Dieser Mangel kann nur durch zusätzliche personelle Ressourcen gedeckt werden. Gleichzeitig muss die Produktivität und Wertschöpfung die finanziellen Voraussetzungen dafür erhalten. In diesem Kreislauf können gut integrierte Zuwanderer ein entscheidender Faktor für unsere Zukunft sein.

Baugebiete

Das Baugebiet Kirchberg-Mittelweg steht mit Erschließungskosten von rund 6 Mio. € bis 2019, inklusive der nicht deckbaren Brückenbau- und Stützmauerkosten, in der Finanzplanung. Welche weiteren Kosten noch zu erwarten sind, bleibt offen. Ob sich die Abschöpfung des Erschließungsvorteils und Umlage der hohen Erschließungskosten im vollen Umfang realisieren lassen, wird die Zukunft zeigen. Wir halten das Gebiet in der geplanten Form nach wie vor für einen Sündenfall, sowohl im Hinblick auf Natur und Landschaft, als auch für die Gemeindefinanzen. Daher haben wir die Verwaltung gebeten eine aktuelle Bilanz der Aufwendungen und eine Prognose der finanziellen Entwicklung des Baugebietes vorzulegen.

Das geplante Gewerbegebiet Sandfeld sollte nach 6-jähriger Planungsphase nun endlich vorankommen.

Das Neubaugebiet Moorblick kann als gelungen bezeichnet werden. Mit einem Interfraktionellen Antrag von SPD und WBB zu den Rahmenbedingungen für die Vermarktung der Baugrundstücke wurde eine ausgewogene Vergabe erzielt. Die Vermarktungserlöse sind dabei deutlich höher als prognostiziert.

Wichtig ist auch weiterhin eine maßvolle Verdichtung und Wohnraumerneuerung im Innenbereich zur Schonung der freien Landschaft.

Verkehr

Die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs Häcker lässt weiter auf sich warten. Die versprochene öffentliche Vorstellung der Planung durch das Regierungspräsidium steht immer noch aus.

In der Ortslage geht es uns um die Ordnung des ruhenden Verkehrs. So stehen wir zu dem vorgesehenen Erwerb von zusätzlichen Stellplätzen im Gebiet „mittendrin leben“.

Gleichzeitig werden wir in Weingarten nicht umhinkommen eine Parkraumbewirtschaftung anzugehen. Die Anwohner und ihre Besucher müssen ebenso, wie Kunden der Weingartener Geschäfte die öffentlichen Stellplätze nutzen können und vor Dauerparkern auch in Folge der Wohnraumverdichtung geschützt werden. Es geht auch nicht, dass Anhänger und sonstige Gerätschaften dauerhaft im öffentlichen Straßenraum abgestellt werden.

Wir erinnern mit Nachdruck an das Thema Fahrradständer. Nach Jahren ist es immer noch nicht gelungen gebrauchsfähige Fahrradständer in unserem Ort zu installieren. Es wurden uns zwar Modelle aus Prospekten in einer AUT-Sitzung vorgestellt, aber das ist uns einfach zu wenig. Ein weiteres Thema ist die Neuordnung und Umgestaltung des Festplatzes. Viele Vorschläge verschwinden einfach in der Versenkung. Eine Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung als weiterer Bedarf würde zumindest ein gelegentliches Nachdenken unterstützen.

Forst

Mit dem neuen Forsteinrichtungswerk werden für die nächsten 10 Jahre die Weichen gestellt. Unser Gemeindeförster Michael Schmitt hat mit dem Abschluss des vorherigen Zeitraums ein sehr gutes Ergebnis seiner Arbeit bescheinigt bekommen. Wir sind froh, dass er bei seiner engagierten und verantwortungsbewussten Betriebsführung auch die ökologischen Aspekte berücksichtigt. Dazu braucht er natürlich auch den Gestaltungsfreiraum, den ihm die Verwaltung zugestehen sollte.

Freizeitgebiete:

Alle Fraktionen außer der CDU haben bereits 2009 mit einem gemeinsamen Antrag die Verwaltung gebeten den Wildwuchs an nicht satzungskonformen Bauwerken und andere Missstände in den beiden Wochenendhausgebieten Effenstiel und Gehren aufzugreifen. Nach jahrelangem Hin und Her sind nun die Satzungsentwürfe in der Offenlage und sollen im Laufe des Jahres beschlossen werden. Wir erwarten, nachdem das Papier bedruckt und abgesegnet ist, auch konsequentes Handeln bis hin zu Rückbauverfügungen. Ein Vertreter der Baurechtsbehörde soll noch vor dem Satzungsbeschluss das weitere Vorgehen erläutern.

Lärmschutzwall/Erddeponie

Der lange umstrittene Lärmschutzwall geht nun in die Realisierung. Es war zwar schon bekannt, dass sich mit Erdaushub Geld verdienen lässt. Über den Teil des Kuchens für die Gemeinde freuen wir uns natürlich und wünschen einen reibungslosen Ablauf für die Gemeinde und die Anwohner.

Baggerseeerweiterung

Neben den Diskussionen zu der Auslegung der für den Regionalplan beschlossenen Erweiterung des Baggersees fordern wir ein planungsrechtlich und finanziell abgesichertes Nachsorgekonzept. Damit soll der See auch nach dem Kiesabbau in einem langfristig ökologisch guten Zustand erhalten werden.

Ausführungen zu den Eigenbetrieben:

Die notwendigen Ausgaben für die unmittelbare Daseinsvorsorge in der Wasserversorgung (Hochbehälter, Leitungserneuerungen) und im Abwasserbetrieb mit Sanierung und Modifizierung des Kanalnetzes müssen umgesetzt werden. Die damit verbundenen Kreditaufnahmen in den Eigenbetrieben allein 2016 mit 4,8 Mio. € tragen zu unserer hohen Pro-Kopf-Verschuldung bei. Mit einem Trägerdarlehen zum Bau eines neuen Bauhofgebäudes erhoffen wir uns natürlich neben der Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter auch einen zusätzlichen Motivationsschub durch moderne und angemessene Räume.

Lassen Sie mich zum Schluss unsern Dank an Herrn Bürgermeister Bänziger für seinen offenen und fairen Umgang mit allen Fraktionen im Gemeinderat, an unseren Rechnungsamtsleiter Norbert Bittner für die umfangreiche Arbeit mit der Haushaltserstellung und die geduldige Beantwortung aller Fragen aussprechen. Unser weiterer Dank geht an die gesamte Verwaltung, den Bauhof, den Forstbetrieb, die Wasser- und Abwasserbetriebe und an alle ehrenamtlich Tätigen in der Gemeinde. In der Hoffnung auf weitere Anstrengungen aller für eine nachhaltige Besserung der Haushaltssituation stimmen wir dem Haushalt 2016 zu.